

Ratsitzung am 27.01.1998

Donnerstag, 29. Januar 1998

MZ/OP

Kreis · VG Heidesheim

RHEIN MAIN PRESSE

Desaster oder nur Pflichterfüllung?

Heftige Haushalts-Debatte im Nackenheimer Gemeinderat / CDU-/FWG-Mehrheit stützt den Etat

m. NACKENHEIM - Hart prallten in jüngster Ratssitzung die Meinungen von SPD-Fraktion und Bürgermeister Bardo Kraus in der Etatdebatte aufeinander.

Das Ortsobershaupt verwies auf die Zahlen der ersten Leistung im Dezember (wir berichteten). Sie spiegelten die allgemein schwierige Finanzsituation der öffentlichen Hand.

Der Grund für die Etatprobleme in Nackenheim liege in den zahlreichen Baumaßnahmen, hielt SPD-Sprecher Michael Mogk dem Ortsobershaupt vor. „Der Haushaltsausgleich ist ihnen nur gelungen, indem sie weitere Schulden machen und ein Darlehen von 810 000 Mark aufnehmen“, warf der Sozialdemokrat dem Bürgermeister vor. „Und daneben verschauern sie auch noch das ‚Tafelsilber‘, indem sie Gemeindevermögen in Form von Grundstücken oder Häuser verkaufen.“ Der Schuldenstand steige auf über 6,5 Millionen an. Kraus habe es somit

fertiggebracht, die Verschuldung der Gemeinde in seiner vierjährigen Amtszeit genau zu verdoppeln. Demgegenüber gehe die eigentliche Jugendarbeit leer aus.

Mogk beantragte, für die Erweiterung des DRK-Sanitätsgebäudes den Zuschuß von 5000 auf 25 000 Mark zu erhöhen, das Gerätehaus am Friedhof aufzugeben und die Vereine mit jeweils 500 Mark zu bezuschussen. Der von der Verwaltung eingeschlagene Weg führe ins finanzielle Desaster und in wenigen Jahren zur Handlungsunfähigkeit.

Kraus wies die Vorwürfe Mogks zurück. Von Desaster könne keine Rede sein. Mogk wisse genau, daß die Gemeinde auf Grund des BVG-Urteils 2,4 Millionen Mark für die Tiefendrainage „Rudelheck“ an die

Anlieger habe zurückzahlen müssen. Dies könne nicht ihm angelastet werden.

95 Prozent des Verwaltungshaushaltes seien Pflichtausgaben, betonte BLN-Sprecher Frieder Stauder. Seine Fraktion begrüße, daß kein Geld mehr für eine Unterfeld-Erschließung in der Kasse sei. Die Kosten für den Bauhof lägen mit 850 000 Mark zu hoch. Besser geeignet sei das Gelände, auf dem mal die Freilichtbühne geplant war. Die BLN beantragte, für 7000 Mark im Jahr eine Fachkraft für die Jugendarbeit einzustellen.

„Wir stimmen dem Etat zu“, statuierte FWG-Sprecher Günter Zerbe. Allerdings kritisierte er die hohen Heizkosten für Museum und ehemaligen Bahnhof sowie die schlechte Zahlungsmoral der Hundesteuerpflichtigen. Als schlechten Scherz bezeichnete er, daß die Gemeinde für das Rheinradeln noch einen Tau-

sender zahlen müsse.

Die CDU vertrete seit Jahren die Auffassung, daß in Nackenheim nicht nur Wohn-, sondern auch Gewerbeflächen geschaffen werden müßten, um die Finanzsituation der Gemeinde zu verbessern, merkte CDU-Sprecher Heinz Hassemmer an. Dabei entstünden zudem auch wohnortnahe Arbeitsplätze. Die CDU gehe davon aus, daß in diesem Jahr die Gerätehalle am Friedhof gebaut werden könne, um die dringende Sanierung der Leichenhalle durchführen zu können. Die Hangsicherung am Kirchberg mit rund 250 000 Mark bringe zusätzlich eine erhebliche finanzielle Belastung.

Alle zusätzlichen Anträge von SPD und BLN wurden von der CDU/FWG-Ratsmehrheit abgelehnt. Der Investitionsplan sowie der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wurden mit 14 Ja- gegen sieben Neinstimmen angenommen.